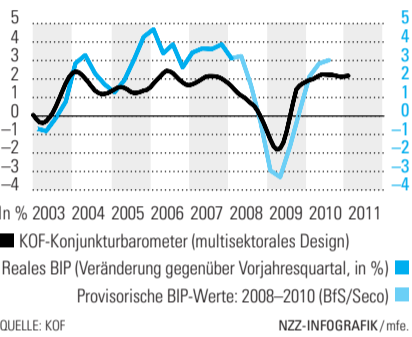


Leicht beschleunigtes Schweizer Wachstum

nrü. · Das vorauseilende Stimmungsbarmeter der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich hat im Februar überraschenderweise erneut leicht zugelegt – nämlich um 0,02 Zähler auf einen Stand von 218 Punkten. Es handelt sich um die zweite Aufwärtsbewegung in Folge. Der seit der zweiten Jahreshälfte 2010 eingeleitete leichte Abwärtstrend scheint damit – zumindest vorerst – beendet zu sein. Im Urteil der KOF-Ökonomen deutet dies darauf hin, dass das Wachstum der Schweizer Volkswirtschaft in den kommenden Monaten «etwas mehr Dynamik» gewinnen wird. Bisher hatten die meisten Ökonomen erwartet, dass sich die Konjunktur im laufenden Jahr nicht zuletzt aufgrund des starken Frankens abschwächen wird. Von den drei Modulen, auf die sich das KOF-Barometer abstützt, signalisierte das «Kern-BIP» nach wie vor recht hohe Wachstumsraten. Die Module Bau und Kreditgewerbe bewegten sich hingegen seitwärts.

KOF-Konjunkturbarometer und BIP



Preisüberwacher mit Elan

Kontrolle von Preisen und Spielregeln im Gesundheitssektor

Der Preisüberwacher will das Gesundheitswesen schärfer in den Blick nehmen. Er will den Übergang der Spitalfinanzierung zum Fallpauschalensystem überwachen und daneben zahlreiche weitere Aufgaben wahrnehmen.

Gy. · Der bei der Bundesverwaltung angesiedelte Preisüberwacher will sich künftig stärker in der Kontrolle der Spielregeln, Preise und Tarife im Gesundheitswesen betätigen. Wie Preisüberwacher Stefan Meierhans am Freitag an der Jahresmedienkonferenz seiner Institution dargelegt hat, will er im laufenden Jahr Sparpotenzial im Gesundheits- und Sozialwesen aufzeigen.

An der Orientierung wurde dargelegt, dass er bereits 2010 entsprechende Erfolge erreicht habe; seine Empfehlungen zu Spitaltaxen und Ärztetarifen hätten eine kostendämpfende Wirkung entfaltet, denn das Bundesamt für Gesundheit (BAG) habe die Forderung des Preisüberwachers nach einem periodischen Medikamenten- und Auslandspreisvergleich umgesetzt, und schon im ersten Jahr bringe dies Einsparungen von rund 550 Mio. Fr.

Preissenkende Erfolge verzeichnete der Preisüberwacher offenbar auch bei Parkkartengebühren, bei Ausweisen für Fahrzeugkontrollen, des Weiteren bei Wasser-, Abwasser- und Abfalltarifen. 1995 Bürgermeldungen habe die Preisüberwachung 2010 bearbeitet, am häufigsten (244 Meldungen) sei das Ge-

sundheitswesen kritisiert worden, am zweithäufigsten das Thema Billag/SRG. Daneben hält man weitere Themen unter Beobachtung, so Tarife und Geschäftsgebaren im Zusammenhang mit Elektrizität, Wasser, Telekommunikation, Kabelfernsehen, Post, öffentlichem Verkehr, Luftverkehr, Notariat, Kaminfeger oder Kino. Am Laufen sind zudem Interventionen zu Vergütungen für medizinische Hilfsmittel oder Preise für Hörgeräte. Nicht überall freilich drang der Preisüberwacher durch. Erinnert wurde an seine Empfehlung ans BAG, die Vertriebsmargen bei kassenpflichtigen Medikamenten zu senken; das Amt habe die Anregung abgelehnt, die Einsparungen von jährlich rund 370 Mio. Fr. gebracht hätte.

Nun aber will der Preisüberwacher an einem ganz gewaltigen Rad mitdrehen und den auf 2012 geplanten Übergang zur neuen Spitalfinanzierung über Fallpauschalen (Swiss DRG) überwachen. Er will gegenüber den Kantonen Empfehlungen zu den Fallpauschalen für stationäre Spitalleistungen abgeben, für den ambulanten Teil Einschätzungen der Tarmed-Taxierung vornehmen und auf eine korrekte Umsetzung des neuen Gesetzes achten.

Gemessen an all den offenen Fragen und starken Interessen von Kantonen, Spitälern, Berufsgruppen, Krankenkassen und Regulierern, die alle den Übergang zum DRG-System nach Kräften beeinflussen, mutet das Vorhaben des Preisüberwachers ehrgeizig an. Aber bei geneigter Interpretation werden sich sicher Erfolge vorweisen lassen.

HERAUSGEGRIFFEN

Wie soll man als Deutscher nur der Euro-Krise entfliehen?

mbe. Berlin · Viel wurde in der Euro-Krise darüber geschrieben, wie Staaten das Heft in die Hand nahmen, wie sie Rettungsschirme spannten und Schlimmeres verhinderten. Doch je länger die Krise dahindümpelt und je deutlicher wird, dass die grundlegenden Probleme nach wie vor ungelöst sind, desto stärker gerät auch wieder der einzelne Bürger in den Blick. Man kann es etwa einem Deutschen nicht verübeln, wenn er sich überlegt, wie er mit der Lage zurechtkommen soll. Gäbe es da nicht Möglichkeiten, der Euro-Krise auszuweichen?

Nüchtern betrachtet stellt sich die Situation nicht sehr rosig dar. Die Griechenland- und Euro-Hilfen mögen eine zweite Welle der Finanzkrise verhindert haben, aber dies wurde allein dadurch erkauft, dass Deutschland und andere starke Euro-Länder jetzt einfach für die Schulden der Schwächeren haften. Die Verpflichtungen sind damit aber längst nicht vom Tisch. Nicht nur die Spatzen pfeifen von den Dächern, dass die Schulden nicht mehr werthaltig sind. Irgendwann müssen griechische Staatsanleihen oder irische Immobilienkredite wohl abgeschrieben werden. Der deutsche Bürger würde dann (im Fall einer Umschuldung) als Steuerzahler zur Kasse gebeten, oder er sähe den realen Wert seiner Ersparnisse schrumpfen (wenn Inflation als Ausweg zur Entwertung der Schulden gewählt wird).

Was also tun? Ein kurzentschlossener Bürger würde sich womöglich fürs Auswandern entscheiden. Doch wenn man nicht allzu sehr in die Ferne schweifen will, wird die Auswahl schon schwierig. Nach Österreich gehen? Das Land ist im Euro-Klub ebenfalls dabei, und im Übrigen schultert man dort pro Kopf gleich hohe Risiken wie in Deutschland. Nach Frankreich? Von dem Land glaubt man vielleicht, es habe die Deutschen über den Tisch gezogen, aber auch dort haftet man für 20% der Euro-Hilfen. Also in die skandinavischen Nicht-Euro-Länder übersiedeln? Da möchte man vielleicht wegen der Sprache nicht hin. Blicke die

Schweiz. Das wäre sicher nicht die schlechteste Lösung. Aber die Häuschen am «schönen Zürichersee» sind ja auch nicht gerade billiger geworden.

Vielen Deutschen wird nur ein Ausweichen auf kleinerer Stufe bleiben nach dem Motto: Wenn ich meiner Haltung als Bürger nicht entfliehen kann, schütze ich wenigstens mein Erspartes. Eine solche Absetzbewegung ist möglicherweise bereits erkennbar. Sie äussert sich atmosphärisch darin, dass in persönlichen Gesprächen bisweilen von Goldanlagen die Rede ist oder von einem Run auf Immobilien. Gewiss, vom Entstehen einer Immobilienblase in Deutschland wird man nicht sprechen wollen; dennoch ist bemerkenswert, dass im vergangenen Jahr die Preise für Wohnimmobilien laut Marktanalysen erstmals seit langer Zeit merklich gestiegen sind. Das liegt wohl vor allem an den historisch niedrigen Zinsen und der guten Wirtschaftslage. Vielleicht steckt dahinter aber auch eine gewisse Flucht in Sachwerte, mit der die Deutschen seit je drohender Inflation zu entkommen suchen.

Die Flucht in Sachanlagen ist allerdings vor allem eine des «Bourgeois», wie es manchmal heisst – dessen, der es sich leisten kann. Wer nicht genug Geld auf der Seite hat, dem steht dieser Weg kaum offen. Für ärmere Bürger eignet sich vielleicht eher die Reaktion des «Citoyen» – nämlich, seine Stimme zu erheben. Der demokratische Protest wäre tatsächlich eine gute Alternative, wenn da nicht das Problem wäre, dass die deutschen Bürger gar nichts zur Euro-Rettung zu sagen haben. Als einziges, kleines Ventil der Mitbestimmung blieb ihnen bisher, Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben. Viele der dortigen Kläger verstehen ihr Handeln als zivilen Widerstand. Ob sie vor dem Gericht Erfolg haben werden, steht indessen in den Sternen. Für viele Deutsche bleibt also ein ernüchternder Schluss: Man wird der Euro-Krise und ihren Folgen nur schwer entkommen.

Gegen eine Mehrwertabschöpfung

HEV kritisiert die zusätzliche staatliche Abgabe

Daniel Müller-Jentsch von Avenir Suisse hat sich in einem in der NZZ publizierten Beitrag für eine Mehrwertabgabe in der Raumplanung ausgesprochen. Die Autorin des untenstehenden Artikels erläutert die Nachteile eines solchen Instrumentes.

Monika Sommer

Die meisten Kantone sehen heute von einer Abschöpfung von Planungsmehrwerten ab. Dies geschieht deshalb, weil ihre Bemessung auf fiktiver Grundlage erfolgen müsste. Ob der Grundeigentümer aufgrund der planerischen Massnahme tatsächlich jemals einen Mehrwert generieren kann, zeigt sich erst bei einem Verkauf des Grundstücks.

Steuern und Abgaben

Der Hauseigentümerversand (HEV) Schweiz lehnt eine bundesrechtliche Verpflichtung der Kantone zur Abschöpfung des Planungsmehrwertes ab. Die Erschliessung, die ein Grundstück erst baureif macht, wird zu einem grossen Teil vom Grundeigentümer selber finanziert. Der Eigentümer ist somit an der Schaffung des effektiven Mehrwertes oft massgeblich mit eigenen Leistungen beteiligt. Auf den vorerst rein fiktiven Mehrwerten bezahlt der Grundeigentümer bereits höhere Vermögens-

steuern, da sein noch nicht verkaufter Grundbesitz nach einer Umzonung von der Steuerbehörde als wertvoller eingeschätzt wird. Beim Verkauf des Grundstücks werden tatsächlich realisierte Mehrwerte sodann durch die Grundstückgewinnsteuer oder die Gewinnsteuer erfasst. Dies gilt auch dann, wenn der Mehrwert inflationsbedingt ist. Zuletzt besteuert der Fiskus den tatsächlich realisierten Mehrwert eines Verkaufs nochmals in der Einkommens- und Vermögenssteuer und schröpft damit die Betroffenen ein weiteres Mal. Die Mehrwertabgabe stellt eine weitere staatliche Abgabe dar.

Die Vorstellung, eine Mehrwertabgabe könne auf nationaler Ebene Rückzonen finanzieren, ist eine Illusion. Die zu grossen Bauzonen liegen nämlich nicht nur in anderen Gemeinden, sondern meist sogar in anderen Kantonen. Wird eine Gemeinde im Kanton Wallis Rückzonen vornehmen, weil eine Gemeinde im Kanton Zug den Mehrwert des neu eingezogenen Landes abschöpft? Wohl kaum. Es ist illusorisch zu glauben, die Zuger würden die abgeschöpften Mittel ins Wallis schicken. Die Erträge aus der Mehrwertabgabe der Grundeigentümer würden folglich für andere (raumpolnerische) Zwecke innerhalb des Kantons eingesetzt. Damit würde die Abgabe in der Ausführung zu einer Erhöhung der Fiskaleinnahmen und zu einem weiteren Anstieg der Staatsquote führen. Mehrwertabschöpfungen

sind umso weniger angebracht, als sie im gegenteiligen Fall – bei planerischen Nachteilen – nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung selten entschädigt werden. Mit planerischen Nachteilen sind dabei Baubeschränkungen sowie auch Minderwerte infolge der Verkehrsplanung (Fluglärm, Mehrverkehr) oder Auflagen des Natur- und Heimatschutzes gemeint. Baurechtliche und planerische Eigentumsbeschränkungen werden nur sehr restriktiv – nämlich wenn sie einer materiellen Enteignung gleichkommen – als entschädigungspflichtig anerkannt. Den Grundeigentümern werden bis zu einem gewissen Grad Opferlasten zugemutet, indem sie planerisch begründete Eigentumsbeschränkungen grossteils als entschädigungslose Eigentumseingriffe hinnehmen müssen.

Zusätzlicher Preisschub

Die flächendeckende Einführung einer Mehrwertabgabe würde den Bodenpreisen einen zusätzlichen Schub versetzen. Davon ist der HEV Schweiz überzeugt. Die Grundbesitzer würden einen Teil dieser Abgabe auf den Immobilienmarkt überwälzen. So dürfte die Mehrwertabgabe die Immobilienpreise weiter in die Höhe treiben und damit indirekt die Mieten und die Produktionskosten der Unternehmen verteuern.

Monika Sommer ist stellvertretende Direktorin des HEV Schweiz.

Warum eine Mehrwertabgabe bei Neueinzonungen sinnvoll wäre

Walter Frey · Ittigen bei Bern praktiziert seit Jahrzehnten die Mehrwertabschöpfung. Erstmals wurde in der Gemeinde Ittigen bei der Grossüberbauung Kappelsacker im Jahre 1968 die Mehrwertabschöpfung in der Grössenordnung von gegen 10 Mio. Fr. angewendet. Damals zählte die Berner Vorortsgemeinde rund 5000 Einwohner. Dann begann die starke bauliche Entwicklung mit vielen Überbauungsordnungen. Viele Neueinzonungen mit Sonderbauvorschriften wurden von der Gemeindeverwaltung genehmigt, und immer wurde die Mehrwertabschöpfung angewendet. Als Ittigen gegen die Jahrhundertwende

rund 11 000 Einwohner zählte, konnte errechnet werden, dass rund 30 Mio. Fr. als Mehrwerte zugunsten der Gemeinde abgeschöpft wurden – in Form von Direktzahlungen in die Gemeindekasse oder in Form von Naturalleistungen (wie unentgeltliche Landabtretungen und das Erstellen von Kindergärten) zugunsten der Gemeinde.

Diese Mehrwertabschöpfungen hatten die «angenehme» Folge, dass sich die Gemeinde in dieser wichtigen Entwicklungsphase nicht zusätzlich verschulden musste und damit die Aufnahme von Fremdgeldern, die damals mit teilweise sehr hohen Zinskosten (von bis zu 8%

bei Anleihen) verbunden war, vermeiden konnte. Deshalb war die Steueranlage der Gemeinde stets vorteilhaft – was sie bis heute geblieben ist –, und die ganze Bevölkerung hat davon profitiert. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen unterstützte ich nach wie vor die Mehrwertabschöpfung durch die Gemeinden, weil beispielsweise in Ittigen nie negative Auswirkungen dieser Gewinnverteilung bei den Leistungserbringern festgestellt wurden. Es fand eben eine vertretbare Gewinnverteilung statt.

Walter Frey ist ehemaliger Gemeindepräsident von Ittigen.

IN KÜRZE

Freihandel mit Vietnam machbar

pfi. · Die Schweiz hat im Rahmen der Efta eine Machbarkeitsstudie über ein Freihandelsabkommen mit Vietnam abgeschlossen, wie das Volkswirtschaftsdepartement mitteilt. Angestrebt wird ein umfassender Vertrag nicht nur zu Fragen des Warenverkehrs, sondern auch zur Erleichterung von Dienstleistungen und Investitionen, zum Schutz geistigen Eigentums und zur Partizipation am öffentlichen Beschaffungswesen. Empfohlen wird die Aufnahme von Vertragsverhandlungen. Vietnam wurde eine Anerkennung als Marktwirtschaft spätestens bei Vertragsabschluss in Aussicht gestellt. Die Schweiz hat ausserhalb des EU- und Efta-Raums bereits 24 Freihandelsabkommen unterzeichnet; in Asien mit Singapur, Südkorea und Japan. Mit Festlandchina, Hongkong, Indien, Indonesien und Thailand werden Verhandlungen geführt.

Höhere Kreditvergabe in Euro-Zone

cae. · Die Banken der Euro-Zone haben im Januar im Jahresvergleich deutlich mehr Kredite vergeben. Die Ausleihungen an den privaten Sektor beschleunigten sich laut der Europäischen Zentralbank (EZB) um 2,4%, nach 1,9% und 2% in den beiden Vormonaten. Die für die Geldpolitik der EZB wichtige Geldmengengrösse M3 wuchs auf Jahresbasis weniger stark als in den Vormonaten. Sie erhöhte sich im Januar um 1,5%, nach 1,7% und 2,1% in den Vormonaten.

Britische Wirtschaft geschrumpft

(ddp) · Die britische Wirtschaft ist im vierten Quartal 2010 stärker geschrumpft als erwartet. Das britische Statistikbüro erklärte das Bruttoinlandsprodukt sei zwischen Oktober und Dezember um 0,6% zurückgegangen. Es war ein Rückgang um 0,5% erwartet

worden. Das Statistikbüro nannte den harten Winter als Hauptgrund für die Schrumpfung. Allerdings gingen auch die Ausgaben der privaten Haushalte um 0,1% zurück.

Russische Zentralbank erhöht Zinsen

(Reuters) · Aus Furcht vor steigenden Preisen hat die russische Zentralbank überraschend ihren Leitzins erhöht. Der Zinssatz werde um 0,25 Prozentpunkte steigen, teilt die Notenbank mit. Die Zentralbank versucht auch, Geld aus dem Wirtschaftskreislauf zu ziehen. Bankguthaben bei der Zentralbank werden künftig attraktiver verzinst.

US-Wirtschaft wächst weniger stark

(Reuters) · Die US-Wirtschaft ist im vierten Quartal 2010 weniger stark gewachsen als bisher angenommen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg von Oktober bis Dezember auf das Jahr hochgerechnet um 2,8%, wie das Handelsministerium mitteilte. In einer ersten Schätzung war noch von einem Plus von 3,2% die Rede gewesen. Schlechter stand es vor allem in der Binnenwirtschaft. Im Aussenhandel fiel das Wachstum dagegen stärker aus als erwartet.

Kleiner Preisrückgang in Japan

Ger. · Japan steckt in einer leichten Deflation fest. Im Januar ermässigten sich die Konsumentenpreise im Vergleich mit dem Vorjahresmonat in der Kern-Berechnung um 0,2 Prozentpunkte, wie das Statistikamt mitteilte. Auch der Gesamtindex der Verbraucherpreise stagnierte. Im Januar sanken die Preise im 23. Monat in Folge. In Regierungskreisen hiess es, dafür seien vor allem die gestiegenen Erdölpreise verantwortlich. Die Notenbank rechnet damit, dass die Deflation im Laufe dieses Jahres überwunden wird.